

werden angenommen
in den Städten der Provinz
Bozen bei uns
Agenturen, ferner bei den
Amonen-Expeditionen
K. & J. Pöhl, Hasenstein & Vogler
K. & J. Pöhl & Co., Inhaber

Berantwortlich für den
Inseratenheft:
J. Klugkist
in Bozen.

Posener Zeitung

Neunundneunzigster Jahrgang.

Nr. 879

Donnerstag, 15. Dezember.

1892

Die "Posener Zeitung" erscheint wochentäglich zwei Mal,
an Sonn- und Feiertagen folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
am Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabenstellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Deutscher Reichstag.

15. Sitzung vom 14. Dezember, 12 Uhr.

Am Bundesrathstische: Graf Caprivi, von Kalten-
born - Stachau, von Bötticher, von Marschall u. A.

Eingegangen ist der Gesetz-Entwurf, betr. den Verrath

militärischer Geheimnisse.

Das Haus setzt zunächst die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betr. die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres fort.

Abg. Hauffmann (Volksp.): Der bisherige Verlauf der Berathung hat wenigstens eine theilweise Klärung gebracht. Auch namentlich infosfern, als die Gründe für die Vorlage eine Verstärkung durch die Ausschüsse am Bundesrathstische nicht erfahren haben, während die wirtschaftlichen Bedenken gegen die Vorlage eine Abschwächung nicht erlitten haben. Bedenklich für die Autorität der Regierung ist es jedenfalls, daß sie mit einer derartigen Vorlage vor das Haus tritt, während sie auch nicht bei einer einzigen Partei auf Zustimmung rechnen kann, nicht einmal bei den Konservativen. Herr v. Stumm allerdings ist ja für die Vorlage eingetreten, indem sein eigener Parteigenosse von Kardorff hat sie ja ein paar Tage vorher bekämpft. Herr von Stumm meint, die Nation könne auch diese neue Last tragen, aber damit wird er bei denen, welche das Leben nicht so rosig ansehen, wie er, nicht auf Einverständnis hoffen können. Von dem Zentrum haben ja nun schon zwei Redner erklärt, daß es Bewilligungen nur im Rahmen der bisherigen Friedenspräsenz aussprechen will. Da aber der Herr Reichskanzler erklärt hat, gerade die Erhöhung der Friedenspräsenz sei für ihn der springende Punkt, so läßt hier ein Widerprüfung zwischen den Anschauungen der Mehrheit des Hauses und denen des Reichskanzlers, der erst verschwinden kann, wenn entweder der Reichskanzler auf seine Ansicht verzichtet oder Herr von Huene erklärt, daß auch dieser Punkt "springt". (Heiterkeit.) Die Rede des Herrn von Bennigsen war nichts als eine weitgehende Sympathie-Erläuterung für die Vorlage. Auch ging aus seinen Worten hervor, daß die Nationalliberalen etwa zu zwei Dritteln für die Vorlage sind, also bereits ca. 40-50 Millionen bewilligen wollen. Herr v. Bennigsen hat dabei offen zugegeben, die Regierung habe "große und kleine" Fehler gemacht, und es herrsche im Lande große Misstimming. Auch Herr Buhl hat ja schon in seiner Erörterung angegedeutet, daß diese Regierung nicht das Vertrauen seiner Freunde in genetze, wie die vorige Regierung. Trotzdem wollen die Nationalliberalen hier einen so großen Theil der Vorlage bewilligen. Wir machen es anders. Wir halten gerade die Einführung der Vorlage für den größten Fehler, den diese Regierung gemacht hat, und wir sagen dies offen und werden deshalb für diese Vorlage nicht stimmen. Herr v. Bennigsen lobte gestern die glorreiche Zeit der 70er und 80er Jahre, aber er über sieht dabei, daß — die letzte, von ihm zugegebene allgemeine Verstimmung nur der Niederschlag aller der Fehler jener glorreichen Zeit ist. (Sehr richtig! links.) Und einen sehr großen Theil der Schuld hieran trägt die national liberale Partei! Und das weiß man im Lande ganz genau. Nur deshalb ist ja auch die national liberale Partei nicht mehr so ausschlaggebend im Lande, wie in früherer Zeit. Herr von Bennigsen hat auch gemeint, daß die Volksvertretung, der Reichstag, noch lange nicht die Autorität genieht, die ihm gebührt. Ja, wenn wir solche Vorlagen, wie die gegenwärtige, annehmen, dann ist es nur natürlich, wenn das Unsehen der Volksvertretung leidet. Es ist schon mit Recht darauf hingewiesen worden, wie im Gefolge dieser Vorlage schon im nächsten Jahre große neue Mehrforderungen an uns herantreten müssten. Erfordert doch allein die Neuorientierung rund 200 Millionen Mark. Entweder wird man diese 200 Millionen im nächsten Jahre fordern müssen, oder — man wird die Truppen in Bürgerquartieren unterbringen und ihnen dann wohl dadurch das "Truppengefühl" bringen. (Heiterkeit.) Man stellt uns die zweijährige Dienstzeit als ein großes Gelehrte vor, welches große "Kompen sationen" voraussetzt. Nun, erst gestern hat der sächsische Herr Kriegsminister gesagt, die zweijährige Dienstzeit besteht ja schon faktisch und soll jetzt nur geistlich gemacht werden. Darnach erscheint doch das "große Gelehrte" in einem ganz anderen Lichte. Auch von der "Berübung" macht man viel Aufhebens. Aber das hat ja Herr v. Stumm schon zugegeben müssen, daß "wenn Noth am Mann ist", die Landwehrleute doch heran müssen. Und daß im nächsten Kriege ein "Noth am Mann" sein wird, daran wird doch wohl Niemand zweifeln! Der Reichskanzler hat gesagt, wir hätten jetzt nur eine verkrüppelte allgemeine Wehrpflicht. Wird die Vorlage Gesetz, so wird aber die Wählerschaft wohl hinterher sagen: lieber eine verkrüppelte und verstümmele Wehrpflicht, als eine Dienstpflicht der Verkrüppelten und Verstümmeleten! Wir hier sind auch nicht solche "Doktrinäre", sondern nehmen auf die tatsächlichen Verhältnisse im Lande Rücksicht. Wenn gestern der Herr Reichskanzler ausdrücklich betonte, daß wir das beste Unteroffizier- und Offiziermaterial der Welt hätten — nun, ist das nicht Beweis genug für unsere Stärke? Man hat uns das "Truppengefühl" angepriesen. Aber der Herr Reichskanzler unterschätzt zu wohl zu sehr die Imponderabilität des bürgerlichen Lebens. Die Abneigung gegen die Militärvorlage ist von uns nicht in das Volk hineingetragen worden, sondern ist vielmehr im Volke noch viel größer, als wir sie hier darstellen können. Wir sind einer Verständigung nicht abgeneigt, aber dazu gehört, daß die Regierung die bisherige Basis — die Vermehrung der Friedenspräsenz — verläßt. Nur auf der Basis der bisherigen Friedenspräsenz werden wir uns mit der Regierung verständigen, vorausgelegt, daß sie uns die erforderlichen Deckungsmittel nachweist. (Beifall links.)

Abg. v. Manteuffel (ton): wendet sich zunächst gegen die Ausführungen Bebels, namentlich gegen den Gedanken eines Militärs und bemerkt dann: Dem Reichskanzler steht gewiß das Recht zu, sich über Reden und Abstimmungen auch außerhalb dieses Raumes zu äußern. Aber mir steht auch das Recht zu, den Herrn Reichskanzler zu berichten, wenn derselbe sich auf unrichtige Berichte gestützt hat. Auf dem konservativen Parteitag ist die Auf-

fordnung von einer Seite, man solle nur ruhig jetzt demagogisch vorgehen, keineswegs von dem konservativen Parteitag als solchem akzeptirt worden. Ein Redner hat dem Vorwürfe, demagogisch vorzugehen, sogar ausdrücklich widersprochen und den Vorwürfe auch ganz anders gedeutet. Der Herr Reichskanzler hat ferner gesagt, er habe schon vor der vorigestrichen Sitzung gehört, daß einige Herren ihre Abstimmung über die Vorlage abhängig machen würden von der Stellung der Regierung zum Bimetallismus. Sollte der Herr Reichskanzler dabei an die konservative Partei gedacht haben, so muß ich diese Verdächtigung entschieden zurückweisen. Ich selbst habe bereits in meiner letzten Rede erklärt, wir Konservative seien bereit, diese Vorlage anzunehmen, sobald uns nachgewiesen werde, daß die Einführung der zweijährigen Dienstzeit die Qualität der Armee nicht schädige. Eine so bündige Erklärung zu Gunsten der Vorlage ist von keiner anderen Partei abgegeben worden. (Beifall rechts.)

Reichskanzler Graf Caprivi: Auf die letztere Angelegenheit brauche ich wohl nicht näher einzugehen, denn ich hatte vorgestern ausdrücklich von "einzelnen Herren" gesprochen und Herr v. Kardorff hat sich selbst zu jener Auffassung bekannt. Was den Vorwurf des demagogischen Vorgebens anlangt, so nehme ich mit Bevredigung die Vertheidigung entgegen, daß die konservative Partei sich diesen Vorschlag nicht zu eigen gemacht hat. Aber nicht diese Neuerung allein ist es gewesen, sondern viele Neuerungen, die auf diesen Prozeß, der in der letzten Woche seinen Abschluß gefunden, hinzielten und welche die offene und verblümte Thellnahme mit dem Mann zum Ausdruck brachte, der in Folge dieses Prozesses verurtheilt worden ist und welcher das deutsche Heer seinerseits angegriffen und geschädigt hat, wie dies von einem Deutschen bisher, so viel ich weiß, kaum der Fall gewesen ist. (Lebhafte Zustimmung links.) Es war also für mich wenigstens entzündbar, wenn ich Anna ihm, das Verhalten der konservativen Partei an diesem Tage erwecke den Anschein, als wenn sie sich mit dem Angeklagten und dessen Bestrebungen gewissermaßen identifizirt. (Widerspruch rechts. Zustimmung links.) Wenigstens trat doch ein Herr auf, der erklärte: "ich bin auch aus Arnsvalde; ich war der Gegenkandidat von Ahlwardt, habe aber in der Stichwahl Ahlwardt meine Stimme gegeben. (Stürmisches Bravo.) Denn wir Konservativen müssen von der Erwägung ausgehen, daß zehn Ahlwardts besser sind, als ein Freisinniger." Ich konstatire nochmals, ich nehme mit Bevredigung Alles davon, daß die konservative Partei sich diese Neuerungen nicht angeeignet hat; aber ich finde es entzündbar, wenn ich daraus hins des Glaubens war, sie wäre geneigt dazu. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Frhr. v. Stauffenberg (freis.): Die Erklärung des Herrn v. Manteuffel läuft eigentlich darauf hinaus, daß das Wort "demagogisch" auf dem konservativen Parteitag in einem Sinne gebraucht worden ist, in dem man es im Allgemeinen nicht braucht. Die Herren auf dem konservativen Parteitag scheinen also mit dem Sprachgebrauch nicht recht vertraut zu sein. (Heiterkeit.) Aber wenn auch das Wort "demagogisch" missverständlich sein kann, das Wort "Ahlwardt" unterliegt doch keiner Missverständigung. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall links.) — Ich will ein allgemeines politisches Facit ziehen, wie es Herr von Bennigsen bereits mit der wünschenswertesten Deutlichkeit gethan hat. Es ist doch eine erstaunliche Situation, daß sich mit einer einzigen Ausnahme keine einzige Stimme für die Mitstimmung in ihrem vollen Umfang erklärt hat. Von allen Seiten wird aber auf die große Misstimming im Lande hingewiesen. Dafür etwa die Misstimming seit dem Augenblick, wo der gegenwärtige Kanzler das Regiment übernahm? Niemand wird dies behaupten. Die Verstimmung hat ihren Grund in den schlechten Zeiten. Soweit aber politische Erwägungen dabei mitgespielen, ist sie das Resultat aus der jüngsten Vergangenheit (Beifall links). Ich erinnere Sie da nur an das Invaliden-Gesetz, eine Erbschaft aus der Zeit des früheren Regimes. Hauptfachlich aber sind unsere Erwerbsverhältnisse äußerst schlechte. In Preußen hat deshalb sogar die Aufbesserung der Beamtengehälter zurücksieben müssen. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Bayern. Und da ist es doch nur natürlich, daß die Misstimming die Vorlage und wegen derselben immer mehr zunehmen muß. Und zumal auch deshalb, weil eine so umfassende Heeresvermehrung nicht erwartet worden ist. Selbst nicht in den Kreisen der verbündeten Regierungen. Anders wenigstens ist das Verhalten des bayerischen Finanzministers nicht zu erklären. Wir haben in Bayern alle Überschüsse verbraucht, indem wir beispielweise den Städten große Lasten abnahmen. Was die Steuervorlagen anlangt, so muß ich sagen, daß sie in einer ganz erstaunlich kurzen Zeit gemacht worden sind, und ich hätte wohl gewünscht, daß der Reichskanzler, statt uns "aus dem Schlaf zu wecken", dies etwas früher bei den Finanzverhandlungen der Einzelstaaten gethan hätte! (Sehr gut! links.) Bei keiner Vorlage ist so sehr die Meinung hervorgerufen worden, wie bei dieser, daß wir es mit einer Schraube ohne Ende zu thun haben. (Zustimmung links.) Kaum ist eine Vorlage verabschiedet, so kommt schon die andere, und daß eine Vorlage die lezte sei, das glaubt kein Mensch mehr. In den Kreisen der Regierungen haben ja auch die Ansichten schon zu oft gewechselt. Und daß da endlich einmal energisch halt geboten werden muß, das ist die Grundstimmung im Lande, im Reiche, bei allen Parteien. Der Reichskanzler hat gesagt, der Dreibund sei populär, aber — die österreichischen Regierungsbücher haben jedenfalls dazu beigetragen, hier die Misstimming gegen die Vorlage zu steigern, indem sie immer von Neuem forderten, dieser Reichstag solle die Vorlage annehmen, widergenfalls er aufgelöst werden müsse. Der Gedanke, die Arme zu ergänzen, entbehrt allerdings nicht einer gewissen Popularität, aber er tritt doch erst im Kriege in den Vordergrund, und das Normale ist doch der Friede! Was die Einführung der zweijährigen Dienstzeit betrifft, so scheint mir die Folgerung des Abg. Hauffmann, die derselbe aus den Worten des sächsischen Kriegsministers zog, nicht ganz richtig zu sein, denn man muß immer berücksichtigen, an wen die Worte gerichtet werden. Spricht der Redner zur Rechten, so haben wir die zweijährige Dienstzeit schon. Spricht er zum Zentrum oder zur Linken, so ist sie eine große Konzeßion. Der Kanzler nennt die zweijährige Dienstzeit eine Kompensation für die

Inserate, die schmalpalierte Petitionen oder deren Raum
in der Morgenauflage 20 Pf., auf der letzten Seite
20 Pf., in der Mittagauflage 25 Pf., an den sonstigen
Stellen entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagauflage bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenauflage bis 5 Uhr Nachmittags, angenommen.

Erhöhung der Präsenz, nach dem Prinzip: do ut des! Aber das ist doch nicht so ganz richtig, denn ohne die zweijährige Dienstzeit wäre die von dem Reichskanzler gewollte "Berübung der Armee" überhaupt nicht möglich. Das die zweijährige Dienstzeit eine gesetzliche werden muß, halte ich für selbstverständlich, glaube aber nicht, daß es dazu einer Verfassungsänderung bedarf.

Abg. Dr. Lieber (Btr.): Der Abg. Bebel hat gesagt, aus dem zweiten Theile der Rede des Abg. Frhr. von Huene gehe hervor, daß er in gewissen Punkten der Regierung entgegenzukommen gedenke. Der Abg. Bebel hat, um zu diesem Schluss zu kommen, wesentliches übergangen, nämlich daß die Vorlage in der Gestalt der Regierung für das Zentrum nicht annehmbar ist, daß es gegenüber die zweijährige Dienstzeit innerhalb des Rahmens der gegenwärtigen Friedenspräsenz durchführen wolle. Von dieser Erklärung im Namen der Partei hat Frhr. v. Huene alles unterschieden, wozu er eine Ermächtigung der Partei nicht hatte. Ich erkläre, daß ich mit allen meinen politischen Freunden auf dem Boden der vom Frhr. von Huene abgegebenen Erklärung stehe. Der Reichskanzler hat den Windthorstischen Resolutionen einen Sinn beigelegt, der nicht darin enthalten ist. Diese Resolutionen sind bei ihrer Einführung als ein Ganzes betrachtet worden. (Sehr richtig.) Die Einführung der zweijährigen Dienstzeit kann nicht von dem übrigen Inhalt losgelöst werden. Wenn Sie alle wehrfähigen Männer unter die Waffen stellen wollen, legen Sie dem Volk Lasten auf, die es nicht zu tragen vermag. Wenn Sie alle Wehrfähigen heranziehen wollen, wer soll dann das Haus bestellen? Alle solche Pläne müssen definitiv aufgehoben werden. Wir stehen noch heute auf dem Boden der Resolutionen, deshalb werden wir die Vorlage, so wie sie liegt, nicht annehmen, noch auf dem Boden dieser ganz neuen Organisation die zweijährige Dienstzeit einführen. Wir bleiben stehen bei der Organisation von 1861. Weiter können wir nicht gehn. Unsere Aufgabe ist hier, gegenüber den Forderungen der Militärs die wirtschaftliche Existenzfähigkeit zu prüfen. Das Mittverhältnis zwischen dieser Forderung und der Leistungsfähigkeit des Landes ist ein außerordentlich starkes. Es beim rechten Namen zu nennen, hindert mich die Schelle des Präsidenten. Wir sind von der Unerhörunglichkeit der geforderten Summen so sehr überzeugt, daß wir sagen müssen: es geht so nicht. Auch wir sind bereit, alles zu bewilligen, was für die Größe und Stärke des Vaterlandes notwendig ist. Aber wenn wir die Forderung bewilligen, dann würden wir die Kraft des deutschen Volkes erhöhen. Wir müssen uns hüten, aus uns eine "Armee von Bettlern" zu machen. Die Mischung im Volk ist nicht blos durch diese Vorlage herverufen worden, sondern durch Dinge, die weit zurückliegen. Herr v. Bennigsen hat selbst an vielen Dingen mitgearbeitet, die Misstimming erweckt haben. Wie schlecht muß die große national liberale Presse organisiert sein! Keine andere Presse hat die zeitige Regierung so angegriffen, wie die national liberale (Heiterkeit), ich erinnere nur an die "Röntsch-Zeitung" und die "Münchener Allgemeine". Nachdem wir in Bezug auf die Wehrfähigkeit an die Grenze der Leistungsfähigkeit gelangt sind, tritt die ernste Frage an alle Vaterlandsfreunde heran, ob nicht auf einem anderen Wege der Friede gesichert werden kann. Der Dreibund ist ja ein fester Bürge für die Sicherung des Friedens. Wie läßt sich innerhalb dieses Dreibundes die weltliche Selbstständigkeit des heiligen Stuhles aufrecht erhalten? Graf Ballestrem hat diese Forderung gestellt und zugleich nachgewiesen, daß die territoriale Unabhängigkeit des heiligen Stuhles die beste Garantie für den Dreibund und die Erhaltung des Friedens ist. Kein deutscher Katholik denkt daran, durch die territoriale Unabhängigkeit des Papstes den Dreibund zu gefährden. (Lebhafte Beifall im Zentrum)

Abg. Graf v. Decken (Welse): Schon seit Jahren haben wir die zweijährige Dienstzeit befürwortet zur Entlastung des Volks. Aber wir können sie nur in einer Form annehmen, in welcher das Volk nicht stärker belastet wird. In der gegenwärtigen Form erscheint sie uns unannehmbar.

Abg. Dr. Prinz Carolath (wild-lib.): polemisiert gegen den Abg. Bebel. Zur Vorlage selbst bemerkt er, daß er eine Verständigung zwar für schwer, aber nicht unmöglich halte. Daß der Reichskanzler die zweijährige Dienstzeit einführen wolle, rechne er ihm zum großen Verdienst an. Die Vertheidigung der Landwehr hätte in einem etwas wärmeren Tone geführt werden können. Auf die Misstimming im Lande habe schon Graf Breyling hingewiesen, auf dessen Urtheil er großen Werth lege. Dies verdiente die ernste Beachtung.

Abg. Dr. Osann (natl.): konstatiert, daß in Süddeutschland wie in Norddeutschland Misstimming herrsche. Diese Misstimming habe ihren Grund wesentlich in dem wirtschaftlichen Niedergang, sie sei aber angesichts der zu erwartenden Militärvorlage noch fühlbar großgezogen und aufrecht erhalten worden. (Rufe links: Durch die Nationalliberalen! Kissingen! Jena!) Jetzt habe bereits eine gewisse Überwindung dieser Misstimming stattgefunden. Aus den meisten Reden, die hier gehalten seien, habe ja auch der Wunsch nach Verständigung herausgekommen. Eine Verständigung wünsche besonders seine Partei, denn es sei stets ihr Bestreben gewesen, etwas Positives zu schaffen. Redner wendet sich sodann gegen die Behauptung, die Nationalliberalen hätten die jetzige Misstimming mit verschuldet. Kein Nationalliberaler habe etwa früher den Fürsten Bismarck für unfehlbar gehalten. (Na, na! links.) Redner vertheidigt sodann unter fortwährenden Unterbrechungen von links die "Realpolitik" Bismarcks und wiederholt seine Hoffnung auf eine Verständigung über die Vorlage. Er beantragt schließlich, dieselbe einer Kommission von 28 Mitgliedern zu überweisen.

Hierauf wird die Debatte geschlossen.

Persönlich bemerkt Abg. Frhr. v. Manteuffel, daß er sein Etat, nach welchem das Wort "demagogisch" in gutem Sinne aufgefaßt sei, ebenfalls aus der "Kreuzzeitung" entnommen habe.

Abg. Pitschenbach (Antisemit) zur Geschäftsordnung. Leider bin ich durch den Schlußantrag verhindert worden, Stellung zu nehmen nicht blos zu der Vorlage, sondern auch gegen die ehemaligen Angriffe des Reichskanzlers gegen uns Antisemiten.

Die Militärvorlage wird hierauf einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt der Antrag Liebermann v. Sonnenberg auf Einstellung des Strafverfahrens gegen Ahlwardt.

In der Begründung bemerkt Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antisemiti), es handele sich hier nicht um die Judenfeinden oder etwas speziell Antisemitisches, sonst würden wohl nicht die Herren Singer und Wurm ihre Unterschrift gegeben haben. (Heiterkeit, Unruhe links.) Abg. Frohne ruft: Gemeinheit. Präsident v. Lebeck rügt solche Zwischenrufe entschieden als unwürdig des Hauses. Es handele sich nur um die Wahrung der Rechte des Hauses. Solche Anträge hätten sonst stets die Unterstützung des ganzen Hauses gefunden. Diesmal seien in der freisinnigen und in der nationalliberalen Presse allerdings Andeutungen gekommen, als ob man die verfassungsmäßige Immunität nicht bewilligen wolle, doch scheine man davon wieder abgesehen zu sein. Dem von anderer Seite gemachten Vorschlag, den Antrag der Geschäftsvorstandskommission zu überweisen, müsse er widersprechen, nachdem man in dieser Session schon vier solcher Anträge einfach angenommen habe. Wenn Ahlwardt auch bis zum 21. Februar verhindert sei, den Sitzungen beiwohnen, so gebe das das Haus nichts an, denn inzwischen könnte das neue Erkenntnis rechtmäßig werden und Ahlwardt, wenn das Haus gerade vertagt werde, seiner Tätigkeit hier entzogen werden. Er bitte alle diejenigen, welche die Immunität prinzipiell wahren wollten, seinem Antrag anzunehmen.

Abg. Dr. Hartmann (konf.) glaubt, daß die gegenwärtige Situation, in der sich die Sache befindet, doch eigentlich und noch nicht dagegenseitig sei. Es seien erhebliche Interessen des Reiches daran beteiligt, daß der Prozeß sobald als möglich definitiv entschieden werde. Gerade nachdem inzwischen das Reichsgericht festgestellt habe, daß die Verjährung durch die Einstellung des Strafverfahrens nicht unterbrochen werde, müsse man sich fragen, ob von dem Recht der Immunität Gebrauch gemacht werden solle, die den Angeklagten der Beiträgung gänzlich entziehe. Er glaube deshalb, daß eine eingehende Prüfung des Antrags in der Geschäftsvorstandskommission notwendig sei.

Abg. Bödiker (Bentr.): Meine politischen Freunde haben stets ohne Zögern solchen Anträgen stattgegeben. Wir haben keinen Anlaß, in diesem Falle anders zu verfahren. Es ist gerade von unserer Fraktion bei der Frage der Sistirung des Verfahrens mit besonderer Schärfe betont worden, daß die Immunität unabhängig von jeder Parteifrage gleichmäßig gehandhabt werden solle. Windthorst hat diesen Gesichtspunkt ganz besonders geltend gemacht gegenüber den Sozialdemokraten. Er sagte, es sei unentferbar für jedes Mitglied im Hause, daß eine Sache, welche die persönlichen Privilegien der Reichstagsmitglieder betrifft, anders beurtheilt werden könne je nach der Partei, der Jemand angehört. Er bekämpfte die Sozialdemokraten, aber ihr Recht müsse ihnen werden. Ganz dasselbe gilt gegenüber den Antisemiten. Wenn der Antrag auf Kommissionsverweisung angenommen wird, so ist keine Frage, daß damit erreicht und, wie mir scheint, auch beabsichtigt wird, daß Ahlwardt nicht der Verjährung theilhaftig werden solle. Wir haben aber dafür nicht zu sorgen, der Justiz den Fortgang zu erleichtern; sondern dafür zu sorgen, daß wenn der Abgeordnete nicht verhaftet ist, er sofort hier erscheinen kann.

Abg. Dr. Hartmann (konf.) vertritt nochmals seinen Antrag. Die Verbürgtheit, derlei entspringe politischen Rücksichten, welche er entschieden zurück. Die Konservativen hätten stets denselben Standpunkt vertreten.

Abg. Dr. v. Marquardsen (natl.): Er könne nach den beiden Vorrednern sagen: Ich sei, gewährt mir die Bitte, in eurem Bunde der Dritte. (Abg. Singer: Das neue Kartell. Große Heiterkeit.) Auch er protestiere dagegen, daß die Entcheidung seiner Partei irgend etwas mit der Persönlichkeit Ahlwardts zu thun habe. Die Frage bedürfe dringend einer Prüfung in der Kommission. Redner führt dann gegen den Windthorst des Abg. Bödiker "seinen Windthorst" an; Windthorst habe sich einmal dahin ausgesprochen, daß es in einzelnen Fällen sehr wohl angezeigt sein könne, das Strafverfahren nicht zu unterbrechen.

Abg. Bödiker (Bentr.) entgegnet, damals habe Windthorst nur den Art. 31 umschreiben wollen. Wenn der Antrag des Abg. Liebermann, wie Richter meine, den Zweck hätte, die Verjährung herbeizuführen, so würde er (Richter) nicht dafür stimmen. Aber Richter drehe das Männchen, weil es ihm in diesem Falle besser erscheine, daß Ahlwardt nicht in den Reichstag komme. (Große Unruhe links.)

Abg. Richter wiederholt, daß für ihn die Person Ahlwardts nicht in Betracht komme.

Abg. Singer (Soz.) erklärt, seine Partei stände auf demselben Standpunkt. In wie weit der Antrag des Abg. Hartmann in Zusammenhang stehe mit der Rede des Reichskanzlers gegenüber dem konservativen Parteitag, wisse er nicht. Er halte es aber für eigentlichlich, daß die konervative Partei sich so in Widerspruch setze mit ihrer ganzen früheren Haltung. In die Lage, in welcher Ahlwardt sich befindet, könnten andere auch kommen. Nach den Aeußerungen des Reichskanzlers scheine ihm die Zeit nicht ganz fern, wo die Konservativen den Schutz des Artikels 31 in Anspruch nehmen müssen. (Heiterkeit.) Er versichere sie für diesen Fall schon heute der Unterstützung der Sozialdemokraten. (Heiterkeit.)

Abg. Stadthagen (Sozdem.) erörtert die Verjährungsfrage, die das Reichsgericht richtig entschieden habe. Der Vorwand des Abg. Hartmann sei also ganz hinfällig.

Abg. Richter (dfr.) erklärt, auch er habe es nicht nötig, Ahlwardt von seinen Rockböcken abzuschütteln. Er würde denselben Standpunkt vertreten, wenn es sich um einen freisinnigen handelte. Auch er wolle das Prinzip wahren, daß kein Abgeordneter gehindert werde, sein Mandat auszuüben, hier aber liege ein solcher Fall gar nicht vor. Man solle den Antrag stellen, wenn Ahlwardt in der Lage sei, in den Reichstag einzutreten. (Obo!) Der Antrag habe gar keine andere Bedeutung, als die Verjährung anzubahnnen. (Widerspruch und Unruhe.) Allerdings habe der Reichstag kein Interesse, die Justiz zu erleichtern; aber er habe auch kein Interesse, die Justiz zu hemmen. (Obo!) Man solle den Antrag heute zurückziehen und nach den Ferien wieder einbringen, dann würde auch er dafür stimmen. Heute werde er für den Antrag Hartmann stimmen.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg weist den Vorwurf Richters zurück, daß er die Verjährung anbahnen wolle. Jeder wisse, wie er zu Ahlwardt stehe. Abg. Richter hätte heute gegen seine Prinzipien gesprochen, im anderen Falle würde er anders gesprochen haben. Dasselbe sei betreffs der Nationalliberalen der Fall. Man wolle durchaus, daß Ahlwardt sitze. Redner erklärt, den Antrag eingebrochen zu haben, weil er dazu gezwungen worden sei, weil er die Rechte der wilden Antisemiten wahren wolle. (Heiterkeit.)

Die Abstimmung bleibt zweifelhaft und es findet daher Auszählung statt. Der Antrag auf Überweisung an die Geschäftsvorstandskommission wird mit 114 gegen 100 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmen die Rechten, der größte Theil der Freisinnigen und die Nationalliberalen.

Der Antrag Liebermann von Sonnenberg wird darauf angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 12 Uhr. Gesetz über die Erlassvertreibung, Fortsetzung der ersten Berathung der lex Heinze. Schluß 5¹/₂ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 14. Dez. In manchen Blättern, darunter bezeichnender Weise auch konservative, werden Gerüchte wiedergegeben, denen zufolge die Reichstagssauflösung als in Aussicht genommen erscheint. Das könnte doch selbstverständlich nur unter der Voraussetzung zutreffen, daß die Regierung die Militärvorlage als aufgegeben ansieht. Thatächlich ist aber das Schicksal der Vorlage noch ungewiß; auch die ältesten und erfahrendsten Parlamentarier vermögen es nicht vorauszusagen, und sie gehen in ihren Vermuthungen auch sehr weit auseinander. Bei so bewandten Umständen sind einstweilen nur subjektive Vermuthungen über die schließliche Haltung der mitwirkenden Faktoren möglich und besitzen den Werth, den ihnen das politische Urtheil und der Erfolg ihres Urhebers giebt. Mittheilungen dagegen über objektive Vorgänge auf der Grundlage der Ablehnung können getrost als einfache Erfindungen betrachtet werden. Unsere persönliche Meinung, die wir freilich auch keinem als die richtige beweisen können, geht dahin, daß es zu einer Einigung zwischen der Regierung und dem Zentrum und also nicht zu einer Reichstagsauflösung kommen werde. Wodurch selbstverständlich nicht bewirkt werden soll, daß die Rüstung für den auch möglichen umgekehrten Fall nun lässiger betrieben werde. Die heutige Rede des Abgeordneten Lieber allerdings legt den Gedanken nahe, daß der Reichskanzler sehr viel weiter wird entgegenkommen müssen, als es das Zentrum thun möchte oder thun kann. Im Reichstage hat die Liebersche Rede starken Eindruck gemacht, und Graf Caprivi schien eine solche bestimmte Sprache nicht erwartet zu haben. Es ist mindestens aufgefallen, daß er Herrn Lieber nicht geantwortet hat. Wenn der Zentrumsrédner die Ansichten des überwiegenden Theils seiner Partei vertritt (und er erklärte, das zu thun), dann stände es so, daß der Reichskanzler nur diejenigen Erhöhungen der Präsenzstärke bewilligt erhält, die sich bei Durchführung der zweijährigen Dienstzeit von selbst ergeben. In der ersten Rede, mit der Graf Caprivi auf solches Angebot antwortete, in der Rede vom Sonnabend, befand sich die bestimmte Erklärung, daß die in der Vorlage geforderte Erhöhung der Präsenzziffer die Bedingung für die Verkürzung der Dienstzeit sei. In seiner gestrigen Rede unterließ es der Reichskanzler, auf die vom Abg. Bennigsen betonte Notwendigkeit des Nachlassens einzugehen; dafür bemühte er sich, den organischen Charakter der vorgeschlagenen Reform nachzuweisen. Heute schwieg Graf Caprivi (wobei wir von der persönlichen Auseinandersetzung mit dem Freiherrn v. Manteuffel, als zur Militärvorlage selber nicht gehörig, absehen). Man kann ja verschiedener Meinung über die Taktik der Regierung sein, aber wir vermissen bisher dasjenige entscheidende Moment, aus dem hervorgeinge, daß der Reichskanzler sich auf die vom Zentrum und den Freisinnigen, heute sogar auch von der Volkspartei angebotene Lösung der Schwierigkeiten unter keinen Umständen einlassen möchte. Würde er bis nahe an die von diesen Parteien gezeichnete Grenze entgegenkommen, so möchte es wohl noch sein, daß das Zentrum ein übriges thut und wenigstens eine kleine Zugabe zu der ohnehin schon gewährten Vermehrung der Rekrutenziffer macht. Ungewiß ist also immer noch der Ausgang, und gerade darum erscheint es uns auch heute, wo sich die Situation allerdings zu Ungunsten der Militärvorlage verschärft hat, angemessen mit dem letzten Urteil zu warten.

Dem Bundesrat ist ein Antrag Preußens zugegangen, der Geltung des Gesetzesverfassungsgesetzes auf Helgoland zugestimmen. Der Gelegetwurf will die Errichtung eines Schöffengerichts auf Helgoland.

Die Nachricht der "Schles. Ztg.", daß der Berliner Magistrat den Auftrag erhalten hatte, die Reichstags-Wahlstellen bis zum 20. Januar fertigzustellen, wird von der "N. A. B." bestimmt als falsch bezeichnet.

Aus dem Saarkohlenrevier, 13. Dez. Der großen allgemeinen Bergarbeiter-Versammlung zu Bildstock folgen nunmehr Versammlungen für die Bergleute einzelner Gruben, die sich ebenfalls mit der Frage eines eventuellen Ausstandes beschäftigen. Solche haben z. B. in Güthenbach und Endorf stattgefunden und das gleiche Ergebnis gehabt, wie in Bildstock: Kündigung zum 1. Januar, falls die neue Arbeitsordnung keine Änderung erfahren. Die Behörde hat bereits, wie verlautet, der Aussicht eines Streikes gegenüber besondere Maßregeln, ähnlich wie im Jahre 1889, vorgesetzt.

Parlamentarische Nachrichten.

W. T. B. Berlin, 14. Dez. In den heute wieder bei dem Reichstag eingekommenen Gesetzentwurf, betreffend den Verrath militärischer Geheimnisse sind zwei neue Paragraphen eingefügt worden. Darnach werden Personen, welche über die Verhältnisse der Kriegsmacht oder der Vertheidigungsmittel des deutschen Reiches Mittheilungen veröffentlichten oder an fremde Regierungen gelangen lassen, obwohl sie wissen oder annehmen müssen, daß dadurch die Sicherheit des Reiches gefährdet wird, mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft, daneben ist eine Geldstrafe bis zu 1.000 Mark zulässig. Die Beischlagsnahme von Druckschriften soll auch ohne richterliche Anordnung stattfinden können, wenn der Inhalt gegen die Bestimmungen des Strafgesetzbuches, sowie des gegenwärtigen Gesetzes über den Verrath militärischer Geheimnisse verstößt.

Lokales.

Posen, 15. Dezember.

* Die städtische Anleihe. Der Bericht der zur Vorberathung über die Aufnahme einer Anleihe eingesetzten gemischten Kommission ist vor einigen Tagen an die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung gelangt. Die Kommission, welche in 6 Sitzungen ihre Aufgabe erledigt hat, empfiehlt die Aufnahme einer Anleihe von 6¹/₂ Millionen Mark in 3¹/₂ prozentigen bezw. 4 Prozentigen Inhaberpapieren. Nach einem dem Kommissionsbericht beigegebenen Begleitschreiben des Magistrats sollen von diesen 6¹/₂ Millionen Mark zur Verwendung gelangen: für die Eindichung der Warthe 1750000 M.,

für Kanalisation 1750000 M., für die Anlage eines Schlachthofs 1100000 M., für die Baugewerkschule 200000 M., für Vorarbeiten über das Projekt betreffend die Versorgung der Stadt mit Grundwasser 30000 M., für die Erweiterung des neuen Stadthauses 300000 M., für eine kleine elektrische Zentrale 70000 M., für Anlage eines Volksbez. Schulbades 25000 M., für Zwecke des Turnunterrichts 25000 M., für Tilgung der auf Grunderwerb, Einrichtung der Fäkalien-Abschuhr, der Anfänge der Kanalisation zu verwendeten schwebenden Schuld 1000000 M. — Für Verzinsung und Tilgung der auf die Eindichung und Kanalisation entfallenden Beträge sollen die Eigentümer der durch die Bedeichung geschützten bzw. durch öffentliche Kanäle entwässerten Grundstücke in folgender Weise beitragen. Bei der Eindichung sollen dieselben mindestens drei Prozent derjenigen Summe, welche von der Stadtgemeinde für die Ausführungen der Eindichung aufgewendet wird, beisteuern; von dieser Summe ist jedoch derjenige Betrag, welcher für Kanalisation der in dem Eindichungsgebiet belegenen Straßen aufgewendet wird, vorweg in Abzug zu bringen. Bei der Kanalisation sollen dieselben einen nach Maßgabe des Ortsstatuts vom 15. Juni (14. Juli) 1892 in § 5 zu ermittelnden Betrag, dessen Festsetzung jedoch einer Revision durch die städtischen Behörden zu unterwerfen ist.

* Der Posener Städetag, welcher am 17. d. M. hier stattfindet, wird nach folgendem Programm verlaufen. Um 11 Uhr wird in der Aula der städtischen Mittelschule in der Naumannstraße die Sitzung des Städetages stattfinden, bei welcher die Vertreter der Städte durch Herrn Oberbürgermeister Wittling und den Stadtverordnetenvorsteher Justizrat Orgler begrüßt werden. Zur Teilnahme an den Verhandlungen sind berechtigt die Mitglieder der Stadtvertretungen sämtlicher Städte der Provinz Posen. An die Sitzung, welche etwa um 3 Uhr ihr Ende erreicht haben dürfte, wird sich ein Festdiner in Mylius Hotel, welches die Stadt Posen ihren Gästen giebt, anschließen. Um 7 Uhr wird zu Ehren der Gäste eine Übung der städtischen Feuerwehr stattfinden, worauf sich dieselben zur Festvorstellung ins Stadttheater begeben werden. Nach der Vorstellung werden dann noch zwanglose Vereinigungen in verschiedenen Lokalen stattfinden.

Aus den Nachbargebieten der Provinz.

* Danzig, 14. Dez. Neben die gestrige Brandatastraphie bringt die "Danz. Ztg." noch folgende Einzelheiten: Etwa 12 Uhr 25 Minuten Nachts bemerkte ein Speicherwächter Feuer aus dem zweiten Stock des dem Frauenthor gegenüber am sogenannten "Langen Lauf" belegenen Speichers "Soli deo gloria" herausbrachen. Er lief zur nächsten Feuerwache und alarmierte. Als die Feuerwehr erschien, brannte es in der betreffenden Etage bereits lichterloh. Ein Zug der Feuerwehr unter Führung des Oberfeuermanns K. Treptow stieg sofort zum 2. Stock empor, wo sich aber von vornherein alle Löscharbeit als vergeblich erwies. Um zu der Brandstelle zu gelangen, hatte man Luken öffnen müssen und nutzte der Lustigkeit die Flammen mit solcher Gewalt, daß die Feuerleute, daß diese schleunigst flüchten mußten. Einigen gelang es, die nach unten führende Treppe zu gewinnen, die anderen flüchteten ins dritte Stock und riefen nach Rettungsleitern. Im Nu stieg die Flamme aber auch ins 3. Stockwerk empor und nun blieb dem Oberfeuermann Treptow und den Feuerleuten Zils und Tiehsler nichts übrig, als durch einen Sprung Rettung zu versuchen. Allen dreien wurde er verhängnisvoll. Z. blieb sofort bewußtlos liegen, Zils und Tiehsler erlitten Arm- und Beinbrüche. Die Verunglückten wurden auf Tragbahnen gelegt und nach dem chirurgischen Lazarett in der Sandgrube gebracht, wo Treptow während der Aufnahme verstarb. Er ist 49 Jahre alt, verheirathet und hinterläßt eine trauernde Gattin und einen Sohn von 18 Jahren. Das Besindeln von Zils und Tiehsler ist, wie das Blatt schreibt, kein Besorgnis erregendes. Während sich diese Szene abspielte, sah die durch Heranziehung der halben Wachmannschaft verstärkte Feuerwehr, welcher dann auch zwei Kompanien des Infanterie-Regiments Nr. 128 zu Hilfe eilten, alle Druckwerke, die Dampfspritzen und alle verfügbaren Hydranten in Betrieb. Das Feuer, durch massenhafte Getreidevorräte mächtig genährt, hatte aber doch schon eine zu große Ausdehnung gewonnen, um es auf seinen Herd befrachten zu können. Mit unglaublicher Schnelligkeit verbreitete es sich auf die beiden mit "Soli deo gloria" verbundenen Speicher, wo es gleich reiche Nahrung fand, und machte die Hitze des gewaltigen Brandes fast jede Annäherung unmöglich. Trotzdem arbeitete die Feuerwehr, welcher nun auch die höchste kaiserliche Werft ihre beiden Dampfspritzen zu Hilfe sandte, mit wahrer Todesverachtung, um ein noch größeres Brandunglüx abzumunden. Ein Feuerwehrmann mußte sich z. B. im Moment der höchsten Gefahr aus beeindruckender Höhe am Wasserschlauch zur Erde niederlassen. Erfreulicher Weise gelang ihm das verzweifelte Wagstück. Erst nach fünfstündigem schwerem Kampfe mit dem entfesselten Element wurde man desselben Herr. Die verbündeten Speicher, auf welchem zusammen ca. 3000 Tonnen Getreide lagerten und welche dem Kaufmann Mielenz und den Frankfurtschen Erben gehörten, sind vollständig ausgebrannt.

Welch ungeheure Dimensionen der Brand angenommen hat, geht daraus hervor, daß gegen 2 Uhr Morgens, als der Brand seinen Höhepunkt erreicht hatte, selbst in entfernter liegenden Stadttheilen die Thürme der Stadt in einem fast taghellenden Gluthmei zu stehen schienen, aus welchem gewaltige Flammenzungen bis zur Höhe dieser Thürme hinaufstiegen und flackerten, ein fortwährender Funkenregen wie dichte Bündel von Rasten über die Dächer und scheinbar sogar bis über die Thürme emporprührte. Wie erst heute festgestellt werden konnte, sind dem Brand im Ganzen fünf Menschenleben zum Opfer gefallen. Außer dem durch den Sprung aus der dritten Etage auf das Dachwerk verunglückten Oberfeuermann Treptow und den drei Feuerwehrleuten Beimelt, Viehau und Pasche, die sämtlich verheirathet und Familienväter sind, wird auch der unverheirathete Feuerwehrmann Zyrowski vermisst und es ist mit den angestellten Nachforschungen leider zweifellos, daß auch er bei seiner Pflichterfüllung in dem gewaltigen Flammenmeer den Tod gefunden hat. Von den vier in den Flammen verunglückten Feuerwehrleuten ist auch bis jetzt nichts gefunden. Wahrscheinlich werden ihre Gebeine, falls von denselben noch etwas vorhanden ist, unter dem großen Trümmer- und Aschenhaufen ruhen müssen, bis die Gefahr der Mauerstürze eingetroffen ist.

* Der durch das Brandunglüx angerichtete Schaden an Gebäuden, Maschinen, Getreidelager usw. wird auf 700000 bis 800000 M. geschätzt. Den Hauptanteil dieses Schadens haben verschiedene Versicherungsgesellschaften zu tragen. Da das verbrannte Getreide wohl größtentheils ausländischen Ursprungs und noch unverzehrt war, so steht zunächst die Frage, ob, wie man zuverlässig hoffen zu

dürfen glaubt, der Herr Finanzminister den Boll erlassen wird. Tritt dieser Fall ein, dann dürfte sich die angegebene Schadenssumme um ca. 100 000 M. ermäßigen.

Telegraphische Nachrichten.

Hamburg, 14. Dez. Medizinalrat Dr. Kraus, bis Anfang September Medizinal-Inspektor in Hamburg, ist gestern nach kurzer Krankheit in Altona gestorben.

Wien, 14. Dez. Der Orient-Expresszugs-Berkehr ist vorläufig auf der Strecke Wien-Belgrad und umgekehrt wieder aufgenommen.

Wien, 14. Dez. Der Erzherzog Franz Ferdinand ist, von seinen Eltern und Geschwistern begleitet, heute Vormittag nach Triest abgereist, wo derselbe sich morgen zu seiner Reise um die Welt einschiffen wird.

Petersburg, 14. Dez. In einer gestern stattgehabten kombinirten Sitzung des Departements der Reichsökonomie und des Ministerkomitees wurde die Verstaatlichung der Orenburger Eisenbahn beschlossen.

Bern, 14. Dez. Der Ständerath beschloß nach dreitägiger Diskussion mit 22 gegen 19 Stimmen in die Bevathung der Vorlage des Bundesrathes, betreffend die Einführung des Bündholzchenmonopols, einzutreten. Hierauf wurde die Vorlage mit 21 gegen 17 Stimmen angenommen.

Der Nationalrath genehmigte den mit den Bodensee- und Hafenvorstaaten abgeschlossenen Vertrag über eine Schiffahrts- und Hafenordnung.

Paris, 13. Dez. Der Kammerdiener Reinach's sagte heute vor dem Untersuchungsrichter aus, er habe bei dem Leichnam seines Herrn ein Fläschchen mit Gift gefunden.

Den Beschlüssen der Panama-Untersuchungskommission, Zeugen-aussagen entgegenzunehmen, die mit der Panama-Angelegenheit nichts zu thun haben, und die Mittellung der Gerichtsakten über die Angelegenheiten der „Société centrale de dynamite“ zu verlangen, in welche der mehrfach genannte Agent des Barons Reinach, Arton, verwickeilt ist, scheint die republikanische Mehrheit der Kammer nicht geneigt. Mehrere republikanische Deputirte haben zu morgen ihre Parteifreunde zusammenberufen, um die früheren Gruppen wiederherzustellen und dadurch der Ansicht der republikanischen Majorität in der Kammer Ausdruck zu geben.

Paris, 14. Dez. Das Journal „Libre Parole“ behauptet, der ehemalige Minister und jetzige Senator Devès sei der wirkliche Empfänger des unter dem Namen Castelbon eingekärrten Checks der Panama-Gesellschaft.

Paris, 14. Dez. Die Situation wird im Allgemeinen für sehr ernst angesehen. Die konservativen Blätter sagen, die Panama-Affaire bedeute den völligen Zusammenbruch der herrschenden Partei. Aus dem gestrigen Ministerrathe wird erzählt, es hätten noch weitere Mitglieder des Kabinetts ebenfalls die Absicht ausgesprochen, zu demissionieren, und wären nur durch die Erklärung des Präsidenten Carnot, in solchem Falle gleichfalls zurückzutreten, bewogen worden, die Absicht aufzugeben.

Die Panama-Untersuchungs-Kommission wird heute Constances und Clémenceau vernehmen.

Paris, 14. Dez. Der Panama-Untersuchungs-Kommission werden auch die Gerichtsakten in der Angelegenheit der „Société Centrale de Dynamite“ mitgetheilt werden. — Die Kommission vernahm heute Rouvier, Clémenceau und Constance. Rouvier wiederholte im Wesentlichen den Inhalt seiner gestrigen Rede in der Kammer und hob hervor, er könne sich nicht erklären, wie Reinach hoffen konnte, daß Herz im Stande sei, die Einstellung der Preßangriffe gegen ihn zu bewirken. Clémenceau sagte, er könne nur seine Darstellung in der „Justice“ wiederholen. Er erkannte an, gewußt zu haben, daß Cornelius Herz Aktionär der „Justice“ war. Constance erklärte, er sei über den von Clémenceau und Reinach bei Cornelius Herz unternommenen Schritt sehr erstaunt gewesen; Reinach sei ihm jedoch nicht so vorgekommen, als ob er in zweifelter Stimmung wäre.

Paris, 14. Dez. Der Journalist John Lemoine, Mitglied der Akademie, ist gestorben.

Die Siegel von der Wohnung des verstorbenen Barons Reinach wurden heute gelöst; die beschlagnahmten Papiere werden der Panama-Untersuchungs-Kommission zugestellt werden.

Der Senator Devès, welcher von dem Journal „Libre Parole“ beschuldigt wird, der Empfänger eines von Castelbon unterzeichneten Checks über 20 000 Frs. zu sein, verlangt von der Untersuchungskommission vernommen zu werden. Devès wird erklären, Reinach habe auf sein Verlangen an Castelbon den Check zur Gründung eines Journals gegeben.

Paris, 14. Dez. Die gemäßigt republikanischen Deputirten traten heute Nachmittag zusammen und beschlossen gegen den Antrag Pourqueray zu stimmen, sowie eine neue ständige Parteigruppe mit dem Namen „Republikanische Allianz“ zu bilden.

Brüssel, 14. Dez. Aus Flandern wird gemeldet: Die Arbeiter des Schachs Nr. 25 der Kohlenbergwerke von Flandern weigerten sich heute einzufahren unter der Motivierung, daß man sie zu spät wieder ausfahren lasse.

Madrid, 14. Dez. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten Armijo betont in einer heute veröffentlichten Erklärung, er werde sich in der Führung seiner Politik von dem Streben nach kluger Vorsicht und von den Gesichtspunkten vollkommener Neutralität leiten lassen. Die Regierung strebe darnach mit allen Mächten Handelsverträge abzuschließen. Was Marokko betreffe, so werde die Regierung dafür sorgen, daß die Achtung vor der spanischen Flagge dort gewahrt bleibe.

London, 14. Dez. Dem „Standard“ wird aus Newyork gemeldet: Die Handelskammer sprach sich zu Gunsten des Erlasses allgemeiner Quarantäne-Maßnahmen aus, da die lokalen Behörden nicht in der Lage seien, wirksam vorzugehen.

London, 14. Dez. Der hiesige spanische Finanzagent rüttete an den Setzräten der hiesigen Börse ein Schreiben, in welchem es heißt, der spanische Finanzminister sei entschlossen, energische Maßnahmen zur Herstellung des Gleichgewichts zwischen den Ausgaben und Einnahmen zu ergreifen. Der Minister sei fest gewillt, von dem eingeschlagenen Wege zur Aufrechterhaltung des Kredites Spaniens und zur unbedingten Sicherstellung der Erfüllung der Verpflichtungen Spaniens gegenüber seinen Gläubigern nicht im Geringsten abzuweichen.

London, 14. Dez. Das „Reutersche Bureau“ erklärt sich aus bestunterrichteter Quelle ermächtigt, das von den gestrigen Abendblättern wiedergegebene Gerücht über eine bevorstehende Verminderung der englischen Okkupationstruppen in Ägypten als vollkommen unbegründet zu bezeichnen.

Bukarest, 13. Dez. Der Senat beschloß in heutiger Sitzung mit großer Mehrheit, den Abrechentwurf in Erwägung zu ziehen. Die Ausführungen der Minister Alexander Lahovary, General Lahovary und Carp wurden sehr beifällig aufgenommen. — Die Regierung legte den Handelsvertrag mit England vor.

Athen, 14. Dez. Einer Depesche aus Trikala zufolge wurde der türkische Notable Chaireddin Bey von einer Räuberbande gefangen und gegen ein Lösegeld von 600 türk. Pfund auf einem Punkte an der Grenze wieder freigegeben.

Athen, 14. Dez. Die Gefangennahme und Freilassung des Chaireddin Bey hat, wie neuerlich festgestellt wurde, auf türkischem Gebiet stattgefunden.

Sofia, 14. Dez. Der „Swoboda“ zufolge sprachen in der gestrigen Versammlung von Deputirten sämtliche Anwesende die Überzeugung von der Nothwendigkeit der beantragten Verfassungsänderungen aus. Die Anzahl der zustimmenden Deputirten ist größer, als die erforderliche Zweidrittelmajorität der Sobranie.

Sofia, 14. Dez. Die „Agence Balkanique“ erklärt, die bulgarische Regierung habe bisher von Rußland nicht die Rückzahlung gewisser Summen, welche Rußland Bulgarien schulde, verlangt. Dagegen verlaute gerüchtweise, die bulgarische Regierung werde anlässlich der demnächstigen Bezahlung von 2 Millionen Rubel Okkupationskosten gewisse bei der russischen Gesandtschaft in Buarest hinterlegte Legate für die bulgarische Nation reklamiren und die Herausgabe der ungesetzlich zurückbehaltenen Archive der bulgarischen Vertretung in Belgrad aus der Zeit verlangen, in welcher Rußland während des serbisch-bulgarischen Krieges die bulgarischen Interessen in Serbien vertrat.

Wigan, 15. Dez. In der Kohlengrube zu Wigan brach gestern Vormittags ein Grubenbrand aus. Etwa hundert Arbeiter waren eingefahren. Mittags wurden zwanzig der selben halberstict herausbefördert, später etwa zwanzig Leichen aufgefunden. Die Hilfsleistung war schnell organisiert. Das Feuer wurde um drei Uhr gelöscht, doch befürchtet man, daß alle noch in der Grube befindlichen tot sind.

Handel und Verkehr.

** Wien, 14. Dez. Ausweis der österr.-ungar. Staatsbahn (österreichisches Netz) vom 1. bis 10. Dezember 522 434 fl., Mindereinnahme gegen den entsprechenden Zeitraum des vorigen Jahres 147 980 fl.

Bromberger Seehandlungs-Mühlen.

(Ohne Verbindlichkeit)
vom 6. Dezember 1892.

Weizen-Fabrikate							
Gries Nr. 1 . . .	13	80	Mehl 00 gelb Band	10	60		
do. = 2 . . .	12	80	do. 0 (Griesmehl)	7	20		
Kaiserauszugmehl . .	14	20	Brotmehl . . .				
Mehl 000 . . .	13	20	Futtermehl . . .	4	80		
do. 00 weiß Band	11	—	Kleie . . .	4	60		
Roggen-Fabrikate:							
Mehl 0 . . .	10	—	Rommizmehl . . .	8	20		
do. 0/1 . . .	9	20	Schrot . . .	7	20		
do. I . . .	8	60	Kleie . . .	4	80		
do. II . . .	5	80					
Gersten-Fabrikate:							
Graupe Nr. 1 . . .	15	50	Grüze Nr. 2 . . .	10	50		
do. = 2 . . .	14	—	do. = 3 . . .	10	—		
do. = 3 . . .	13	—	Kochmehl . . .	8	60		
do. = 4 . . .	12	—	Futtermehl . . .	5	20		
do. = 5 . . .	11	50	Buchweizengrüze I	15	—		
do. = 6 . . .	11	—	= II	15	—		
do. grobe . . .	10	—	Maismehl . . .				
Grüze Nr. 1 . . .	11	50	Maischrot . . .				

Marktberichte.

Bromberg, 14. Dez. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen 135—145 M., feinster über Rottz. — Gerste nach Qualität 120—126 M.—Brau 130—140 M.—Ersben, Futter 125—138 M.—Koch-erben 140—170 M.—Hafer 135—142 M.—Spiritus 70er 29,50 Mark.

Marktpreise zu Breslau am 14. Dezbr

Festsetzungen der städtischen Markt- Notrungs-Kommission.	gute		mittlere		geringe		Ware
	Höchst	Niedrig	Höchst	Niedrig	Höchst	Niedrig	
M. fl.	M. fl.	M. fl.	M. fl.	M. fl.	M. fl.	M. fl.	M. fl.
Weizen, weißer	14 90	14 70	14 40	13 9	12 90	12 40	
Weizen, gelber	pro	14 80	14 6	14 30	13 80	12 80	12 30
Roggen	100	12 20	12 90	12 70	12 40	12 20	11 90
Gerste	14 4	13 70	12 70	12 30	11 90	10 9	
Hafer	12 90	12 70	12 30	12 10	11 60	11 10	
Ersben	16 50	15 50	15	14 50	13 50	12 50	

Festsetzungen der Handelskammer-Kommission.
feine mittlere ord. Waare.
Raps per 100 Kilogr. 22,4 21,40 19,60 Mark.

Winterrüben . . . 21,60 20,60 19,60

Breslau, 14. Dez. (Amtlicher Produktionsbörsen-Bericht.)

Ko ge g en p. 1000 Kilo —. Getrockigt —. Str., abgelaufene Kündigungsscheine —, p. Dez. 132,00 Gd., April-Mai 133,00 Gd., Mai-Juni 135,00 Gd., Juni-Juli 136,00 Gd. Hafer (p. 100 Kilo) p. Dez. 129,00 Br. Rübböl (p. 100 Kilo) p. Dez. 50,50 Br. April-Mai 51,00 Br. Spiritus (p. 100 Liter 100 à Prozent) ohne Zoll: exkl. 50 und 70 M. Verbrauchsabgabe, gefundigt — Liter, abgelaufene Kündigungsscheine —, p. Dez. 50er 48,50 Gd., Dez. 70er 29,00 Gd. April-Mai 30,50 Gd. Bink. Ohne Umsatz

die Börsenkommision.

Zuckerbericht der Magdeburger Börse.

Preise für greifbare Waare.

A. Mit Verbrauchssteuer.

	13. Dez.	14. Dez.
sein Brodräffinade	27,75 M.	27,75 M.
sein Brodräffinade	27,50 M.	27,50 M.
Gem. Raffinade	27,25—28,00 M.	27,25—28,25 M.
Gem. Melis I.	26,25 M.	26,25 M.
Kristallzucker I.	—	—
Würfelzucker II.	29,00 M.	29,00 M.

Tendenz am 14. Dezember, Vormittags 11 Uhr: Ruhig.

rege Santos per Dezbr. 76, per März 74, per Mai 72%, per Sept. 72%. Behauptet.

Hamburg, 14. Dez. Zuckermarkt. (Schlußbericht.) Rübenzucker I. Produkt Basis 88 p.Ct. Rendement neue Ussance frei an Bord Hamburg per Dezbr. 14,12%, per Januar 14,12%, per März 14,27%, per Mai 14,40. Ruhig.

Hamburg, 14. Dez. Getreidemarkt. Weizen loko ruhig, holsteinischer loko neuer 152—154. — Roggen loko ruhig, mecklenb. loko neuer 130—135, russ. loko ruhig, transito 110—113. Hafer ruhig. Gerste ruhig. Rübbel (unverz.) matt, loko 52. — Spiritus loko flauer, p. Dez. 22 Br., p. Dez.—Jan. 21st Br., p. Jan.—Febr. 21st Br., p. April—Mai 21st Br., per Mai—Juni. — Kaffee ruhig. Umfang — Sad. — Petroleum behpt. Standard, white loko 5,30 Br., ve. Jan.—März 5,20 Br. — Wetter: Leichter Frost.

Berl., 14. Dez. Produktenmarkt. Weizen mäßig, per Frühjahr 7,48 Gd., 7,50 Br., per Herbst 7,60 Gd., 7,62 Br. Hafer ruhig 5,51 Gd., 5,53 Br. Mais per Mai—Juni 1893 4,82 Gd., 4,84 Br. Kohlraps per August—Sept. 11,65 Gd., 11,75 Br. — Wetter: Sonnenchein.

Paris, 14. Dez. Getreidemarkt. (Schluß.) Weizen matt, p. Dezember 21,00, p. Januar 21,20, p. Januar—April 21,50, p. März—Juni 22,00. — Roggen ruhig, p. Dezbr. 18,50, per März—Juni 14,20. — Mehl matt, per Dez. 47,90, per Januar 47,90, per Jan.—April 48,00, p. März—Juni 48,40. — Rübbel matt, p. Dez. 56,50, p. Jan. 57,00, p. Jan.—April 57,25, p. März—Juni 57,75. — Spiritus matt, per Dezbr. 46,25, per Jan.—April 46,25, per Jan.—April 46,25, p. Mai—August 46,50. — Wetter: Kalt.

Paris, 14. Dez. (Schluß.) Rübenzucker ruhig, 88 Proz. loko 38,00 à 38,25. Weicher Zucker träge, Nr. 3, per 100 Kilogramm per Dezbr. 40,00, p. Jan. 40,25, per Jan.—April 40,75, p. März—Juni 41,25.

Havre, 14. Dez. (Telegr. der Hamb. Firma Beimann Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 10 Points Haufse.

Klo 7 000 Sad. Santos 16 000 Sad. Rezettes für gestern.

Havre, 14. Dez. (Telegr. der Hamb. Firma Beimann Ziegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, p. Dez. 98,75, p. März 93,75, per Mai 92,00. Kaum behauptet.

Amsterdam 14. Dez. Bancazinn 55%.

Amsterdam, 14. Dez. Java-Kaffee good ordinary 56.

Amsterdam, 14. Dez. Getreidemarkt. Weizen auf Termine unveränd. per März 170. Roggen loko geschäftslös, do. auf Termine fest, per März 125, per Mai 123. — Rübbel loko 26, p. Dezemb. —, per Mai 25%.

Antwerpen, 14. Dez. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raf-fineries Type weiss loko 12% bez. u. Br. per Dez. 12% Br., p. Jan. 13 Br., per Jan.—März 13% Br. Ruhig.

Antwerpen, 14. Dez. (Telegr. der Herren Willems und Comp.) Wolle. La Blata-Zug, Type B., per Jan. 4,52%, per Mai 4,62%, Oktober 4,75 Räuber.

London, 14. Dez. Getreidemarkt. (Ansangsbereich.) Fremde Zusuhren seit letztem Montag: Weizen 28 670, Gerste 2170, Hafer 44 000 Orts.

Weizen, Gerste und Hafer träge, Mais stetig, Mehl ruhig.

London, 14. Dez. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Getreide anhaltend sehr träge, Lokoware allgemein matt, Mais stetig. Schwimmende Gerste und Mais stetig. — Nasskalt.

London, 14. Dez. An der Küste 1 Weizenladung angeboten. Wetter: Nasskalt.

London, 14. Dez. 96 p.Ct. Javazucker loko 16% ruhig, Rübenzucker loko 14% stetig.

London, 14. Dez. Chilli-Räuber 47, per 3 Monat 47%.

Leith, 14. Dez. Getreidemarkt. Markt fortgesetzt gedrückt, Preise weichend, kleines Geschäft.

Liverpool, 14. Dez. Baumwolle. (Ansangsbereich.) Muthmaßlicher Umfang 7000 B. Ruhig. Tagessimport 28 000 B.

Liverpool, 14. Dez., Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle, Umfang 8 000 Ball, davon für Spekulation und Export 1500 Ball. Amerikaner fest 1/10 höher. Gurats stetig.

Middl. amerikan. Lieferungen: Dezember—Jan. 5% Werth, Febr.—März 5% Verkäuferpreis, April—Mai 5% do. Juni—Juli 5% do. Aug.—Sept. 5% do. do.

Liverpool, 14. Dez., Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umfang 8 000 B., davon für Spekulation und Export 1500 Ballen. Fest. Tinenewell 1/10 höher.

Middl. amerikan. Lieferungen: Dezbr.—Jan. 5% Verkäuferpreis, Jan.—Febr. 5% Käuferpreis, Febr.—März 5% Werth, März—April 5% Verkäuferpreis, April—Mai 5% Werth, Mai—Juni 5% Käuferpreis, Juni—Juli 5% Werth, Juli—August 5% do. do.

Glasgow, 14. Dez. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 41 sh. 8 d.

Newyork, 14. Dez. (Ansangsbereich.) Petroleum Pipe line certificates per Jan. — Weizen per Mai 81%.

Newyork, 18. Dez. Waarenbericht. Baumwolle in New-York 9%, do. New-Orleans 9%. — Raff. Petroleum Standard white in New-York 5,55, do. Standard white in Philadelphia 5,50 Gd. Röhres Petroleum in New-York 5,85, do. Pipeline Certificates, pr. Januar — Stetig. Schmalz loko 10,00, do. Röbe u. Brothes 10,40. Ruder (Fair refining Muscovad) 21/10. Mais (New) p. Dezbr. 51%, p. Jan. 51%, p. Mai 53%. Rother Winterweizen loko 78%. Kaffee Rn. R. 7, 16%, Mehl (Spring clears) 2,90. Getreidefracht 1%. Kupfer 12,25—12,50. Röther Weizen per Jr. Dezbr. 76%, per Jan. 77%, per Mai 81%. Kaffee Br. 7 low ord. p. Jan. 15,40, p. März 15,10.

Der Werth der in der vergangenen Woche ausgeführten Produkte betrug 7 948 531 Dollars gegen 8 093 229 Dollars in der Vorwoche.

Chicago, 13. Dez. Weizen per Dezbr. 71%, per Mai 78%. Mais per Dezember 42%. Spec short clear 8,50. Pork per Januar 15,70.

Newyork, 14. Dezbr. Weizen p. Dez. 76% C., p. Jan 76% C.

Berlin, 15. Dez. Wetter: Schnee.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 14. Dez. Die heutige Börse eröffnete und verließ im wesentlichen in festerer Haltung; die Kurse setzten auf spekulativem Gebiet zumeist etwas höher ein und konnten unter kleinen Schwankungen im Verlaufe des Verkehrs noch etwas anziehen. — Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten gleichfalls ziemlich günstig, und trugen hier in Verbindung mit belangreicherer Deckungskräften zu einer Belebung des Geschäfts bei. Gegen Schluß der Börse machte sich eine leichte Abschwächung der Haltung bemerklich. — Der Kapitalmarkt bewahrte ziemlich seine Haltung für heimische sollte Anlagen bei mäßigen Umsätzen; Deutsche Reichs- und Preußische Konsolet. Anleihen blieben bei wenig veränderten Notrungen ruhig. — Fremde, festen Bins tragende Papiere konnten ihren Wertehalt bei ruhigem Handel gut behaupten; Russische Anleihen, Italiener und Ungarische 4-prozentige Goldrente fest, auch Russische Noten fester und lebhafter. — Der Privatdiskont wurde mit 3% Prozent notirt. — Auf internationalem Gebiet gingen Österreichische Kreditaktien zu etwas besserer Notiz ruhig um; Österreichische Bahnen wenig verändert; Schweizerische Bahnen sehr ruhig; Gottscheerbahn unverändert. — Inländische Eisenbahn-Aktien behauptet, Lübeck-Büchsen schwächer; Bankaktien fest; die spekulativen Devisen fester und in Disconto-Kommandit und Berliner Handelsgesellschafts-Antheilien lebhafter. — Montanwerke fester und zum Theil lebhafter; andere Industriepapiere ruhig und in den Kurzen wenig verändert.

Produkten-Börse.

Berlin, 14. Dez. In Folge des ferneren Rückganges des Weizenpreises an der gestrigen Börse in Newyork bühten hier bei stillem Geschäft die Preise von Weizen für nahe Sichten circa 1 M. ein, dagegen konnte sich Frühjahrslieferung ziemlich behaupten.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1. Doll. = 4/4 M. 100 Rub. = 320 M. 1 Gulden österr. W. = 2 M. 7 Gulden südd. W. = 12 M. 1 Gulden holl. W. 1 M. 70 Pf. 1 France oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf.

Bank-Diskonto Wechsel v. 14. Dez.	Brnsch. 20 T.L. — 103,70 bz	Schw. Hyp.-Pf. 4/3 102,40 B.	Wrsch.-Teres. 5 101,25 bz	Rchb Gold-Prior. 5 63,70 G.	Pr.Hyp.-B.I.(rz. 120) 4/3 do. do. VI. (rz. 110) 5	Bauges. Hum... 6 130,50 G.
Amsterdam... 2/10 8 T. 168,35 bz	Cöln-M. Pr.-A. 3/10 132,00 G.	Serb.Gld-Pfd. 5 82,90 G.	Wrsch.-Wien. 17 1/2 —	Südöst.-B. (Lbd.) 3 104,50 bz B.	do. div.Ser.(rz.100) 4 102,30 bz G.	Moabit 8 131,00 G.
London 3 8 T. 20,33 bz	Dess. Präm.-A. 3/10 132,90 B.	do. Rente 5 75,90 bz	Weichselbahn —	do. Obligation. 5 96,10 G.	(rz.100) 3/4 97,20 bz G.	Passage 3/4 62,50 bz G.
Paris 2/10 8 T. 80,35 bz	Ham. 50 T.-L. 3/10 128,80 G.	do. neue 85 5 76,00 oz	Amst.-Rotterd. 2	Gold-Prior. 4 96,10 G.	U. d. Linden 9 138,30 G.	
Wien 4 8 T. 169,35 bz	Löb. 50 T.-L. 3/10 128,50 B.	Stockh.Pf. 85. 4/3 102,30 G.	Gothaardbahn 6	Baltische gar.... 5 96,25 G.	U. d. Elekt.-W... 9 78,75 G.	
Petersburg ... 4/10 3/4 3/10 203,00 bz	Mein. 7.Guld-L. 3/10 128,30 B.	do. St.-Anl.80 4	Ital.Mitteilem. 5/1 103,70 bz	Brest-Grajewoal 5 96,90 G.	U. d. Lagerhof... 0 134,50 G.	
Warschau ... 4/9 8 T. 203,50 bz	Oldenb. Loose 3/10 128,30 B.	Span. Schuld. 4 64,00 G.	Ital.Merid.-Bhd. 7/1 127,25 bz	Russ. Eis. gg. 3 95,80 G.	do. St.-Pr. 3 143,50 G.	
In Berl. 4.Lomb. 4/5/u.5. Privatd. 3/4 G.	Pfd.Sterl. ov. 1	TürkA.1865in	Lüttich-Lmb. 0,6 21,60 bz G.	Ivanc.-Dombr. 4/3 99,60 G.	Ahrens Br., Mbt. 0 47,75 G.	
Geld, Banknoten u. Coupons	do. do. 5/4 25,25 bz	do. do. 1890 5 92,60 bz G.	Lux. Pr. Henri 2,3 64,30 bz G.	Kozlow-Wor. 5 94,60 G.	Berl. Bock-Br... 0 40,50 G.	
Bouvereigns.....	5/4 16,19 bz	do. do. 1890 5 92,60 bz G.	do. Nordost. 5 106,10 bz	do. Charks.O(O) 90,90 bz	Schulteiss-Br... 16 220,75 bz G.	
Gold-Stück.....	4,18 G.	do. do. 1890 5 92,60 bz G.	do. Union. 3 68,30 bz	do. (Oblig.)1889 91,50 G.	Bresl. Oelv... 3 90,75 G.	
Gold-Dollars	20,355 bz	Trk.400Frc.-L — 90,40 bz	Westb. 3/5 60,60 bz	Kursk-Kiew conv 91,40 G.	Deutsche Asph... 4 84,75 G.	
Engl. Not. 1Pfd.Sterl.	20,355 bz	do.Eg.Trib-Anl. 4/4 97,90 bz	do. do. 105,90 G.	do. do. (rz.100) 4 104,40 G.	Dynamit Trust... 11 136,00 G.	
Franz. Not. 100 Fros.	81,45 bz	do. Papier-Rnt. 5 85,25 bz	do. do. 105,90 G.	do. do. (rz.100) 4 104,50 G.	Erdmannsd. Sp. 6 88,75 G.	
Russ. Noten 100 fl... 169,55 bz	do. do. 1890 5 92,60 bz G.	do. do. 105,90 G.	do. do. 105,90 G.	Fraust. Zucker... 0 96,00 bz G.		
Muss. Noten 100 R.... 203,65 bz	do. do. 1890 5 92,60 bz G.	do. do. 105,90 G.	do. do. (rz.100) 4 100,75 bz G	Glauz. Zucker... 12 117,80 G.		
Deutsche Fonds u. Staatspap.	Ausländische Fonds.	do. do. 1890 5 92,60 bz G.	do. do. 105,90 G.	Bankpapiere.	Gummi Harburg... 1	
Dtsche. R.-Anl. 4 107,10 bz	Argentin. Anl. 5 44,50 bz G.	do. do. 105,90 G.	do. do. 105,90 G.	B.f.Sprit-Prod. H 3 64,10 G.	Wien 20 257,50 B.	
do. do. 31/2 99,80 bz	do. do. 105,90 G.	do. do. 105,90 G.	do. do. 105,90 G.	Berl. Cassenver. 6/4 131,50 G.	do. Schwanitz... 0 173,25 G.	
do. do. 3 85,80 bz	Griech. Gold-A. 5 95,80 bz G.	do. do. 105,90 G.	do. do. 105,90 G.	do. Handelsges. 7/3 132,80 bz G.	do. Voigt.Winde 8 125,50 B.	
Prss. cons.Anl. 4 106,90 B.	do. cons. Gold 4 95,80 bz G.	do. do. 105,90 G.	do. do. 105,90 G.	Orel.-Grisay conv 4 90,90 bz	do. Volpl. Schedt. 5 95,90 B.	
do. do. 31/2 100,10 B.	do. do. 105,90 G.	do. do. 105,90 G.	do. do. 105,90 G.	Poti-Tiflis gar... 5 101,75 bz	Börsen-Hdsver. 11 102,75 bz G.	
do. do. 3 85,80 bz	do. do. 105,90 G.	do. do. 105,90 G.	do. do. 105,90 G.	do. Prod.Hdkb. 10 127,75 bz	do. Prod.-Hdkb. 11 96,40 G.	
do. do. 31/2 100,10 B.	do. do. 105,90 G.	do. do. 105,90 G.	do. do. 105,90 G.	do. do. 105,90 G.	Bresl. Diso.-Bk. 4/3 97,00 G.	
do. do. 3 85,80 bz	do					